

Antrag

der Fraktion der CDU

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Gefahren durch die rechtsextremistischen türkischen „Grauen Wölfe“ in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

I. der Landtag stellt fest:

1. Die rechtsextremistische Ausrichtung der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. (ADÜTDF, sog. „Graue Wölfe“) stellt eine Gefährdung für die freiheitlich demokratische Grundordnung dar. Die Ideologie dieser Gruppierung richtet sich gegen ein friedliches Zusammenleben der Völker und missachtet deren Selbstbestimmungsrecht. Durch ihr Eintreten gegen Minderheiten gefährdet sie die Transparenz, Offenheit und kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft.
2. Die Bemühungen um die Integration türkischstämmiger Mitbürgerinnen und Mitbürger werden durch die Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ behindert.
3. Die Aufklärung über die radikalen, nationalistischen und antidemokratischen Ziele der „Grauen Wölfe“ muss ausgebaut werden.
4. Alle demokratischen Parteien müssen sich von dieser radikalen und antidemokratischen Ausrichtung klar abgrenzen. Alle Fraktionen des Landtags werden bei ihren jeweiligen Parteien auf eine Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur ADÜTDF oder einem ihrer Mitgliedsvereine und einer Mitgliedschaft in der jeweiligen Partei hinwirken;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

5. über die Landeszentrale für politische Bildung entsprechende Informationsmaterialien, auch in türkischer Sprache, ausarbeiten und verbreiten zu lassen und die dafür notwendigen finanziellen Beiträge als zusätzliche Mittel in die Haushaltsplanberatungen einzubringen;
6. über die Landeszentrale für politische Bildung entsprechende Angebote für Veranstaltungen, Seminare und Beratungen zu entwickeln und anzubieten, die insbesondere Schulen (Schüler, Eltern, Lehrer) und kommunale Entscheidungsträger (Integrationsausschüsse, Ausländerbeiräte, Gemeinderäte, Verwaltungen) erreichen soll.

07.12.2011

Hauk, Dr. Lasotta
und Fraktion

Begründung

Die „Grauen Wölfe“ sind auch unter der Bezeichnung „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“ („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“ – ADÜTDF) bekannt. Hinter dem unscheinbar klingenden Namen verbirgt sich eine weltweit organisierte ultranationalistische türkische Gruppe, die gezielt junge Männer mit türkischem Migrationshintergrund rekrutiert. Die Organisation schürt Feindbilder. Besonders aggressive Hetzkampagnen richten sich gegen Juden und Kurden, aber auch Amerikaner, Europäer und Armenier und Minderheiten, wie beispielsweise Homosexuelle (Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2010, S. 160 bis 163).

Auch der baden-württembergische Verfassungsschutz beobachtet die Organisation. Laut Verfassungsschutzbericht 2010 verfügt sie in Baden-Württemberg über etwa 2.100 Anhänger. Im Wege eines übersteigerten (türkisch-ethnischen) Nationalismus verfolgt sie nach Einschätzung des Landesamts für Verfassungsschutz Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind. Sie propagiert demnach „einen übersteigerten Nationalismus, gepaart mit der Vorstellung einer ethnisch homogenen Gesellschaft. Dies führt zu Intoleranz gegenüber anderen Völkern. Hinzu kommt ein extremer Idealismus und Moralismus.“ (Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2010, S. 120 f.).

Mit vorliegendem Antrag soll klargestellt werden, dass alle im Landtag vertretenen Fraktionen der integrationsfeindlichen Ausrichtung der ADÜTDF und ihrer Mitgliedsvereine klar entgegnetreten.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 30. Dezember 2011 Nr. 4-1083/0 nimmt das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium und dem Ministerium für Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

I. der Landtag stellt fest:

- 1. Die rechtsextremistische Ausrichtung der Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. (ADÜTDF, sog. „Graue Wölfe“) stellt eine Gefährdung für die freiheitlich demokratische Grundordnung dar. Die Ideologie dieser Gruppierung richtet sich gegen ein friedliches Zusammenleben der Völker und missachtet deren Selbstbestimmungsrecht. Durch ihr Eintreten gegen Minderheiten gefährdet sie die Transparenz, Offenheit und kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft.*
- 2. Die Bemühungen um die Integration türkischstämmiger Mitbürgerinnen und Mitbürger werden durch die Aktivitäten der „Grauen Wölfe“ behindert.*
- 3. Die Aufklärung über die radikalen, nationalistischen und antidemokratischen Ziele der „Grauen Wölfe“ muss ausgebaut werden.*
- 4. Alle demokratischen Parteien müssen sich von dieser radikalen und antidemokratischen Ausrichtung klar abgrenzen. Alle Fraktionen des Landtags werden bei ihren jeweiligen Parteien auf eine Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur ADÜTDF oder einem ihrer Mitgliedsvereine und einer Mitgliedschaft in der jeweiligen Partei hinwirken;*

Zu 1. bis 4.:

Die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V.“ (ADÜTDF) ist ein Sammelbecken extrem nationalistischer Personen mit türkischem Migrationshintergrund. In Baden-Württemberg gehören ca. 2.100 Personen der ADÜTDF an. Dies entspricht einem Anteil von ca. 0,5 Prozent an den ca. 428.000 Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit türkischem Migrationshintergrund.

Politisch orientiert sich die ADÜTDF an den Positionen der Partei der Nationalistischen Bewegung in der Türkei. Das extrem nationalistische Gedankengut der ADÜTDF ist von der Vorstellung geprägt, dass das Türkentum anderen Völkern und Staaten überlegen sei. Die Ideologie der ADÜTDF richtet sich gegen ein friedliches Zusammenleben der Völker und missachtet deren Selbstbestimmungsrecht. Die ADÜTDF weist eine rechtsextremistische Ausrichtung auf und wird vom Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) beobachtet.

Die politischen Überzeugungen der ADÜTDF sind vor allem auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei gerichtet. Dementsprechend stehen die Anhänger der ADÜTDF integrativen Ansätzen eher skeptisch bis ablehnend gegenüber. Sie entsprechen damit Einstellungen zur Integration, die sich auch bei extrem nationalistischen Gruppen im Lande finden. Die durch die ADÜTDF betriebene Fixierung auf das Türkentum bzw. die Glorifizierung des Türkentums wirken abgrenzend und behindern die Integration türkischstämmiger Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Aufklärungsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil der Extremismusbekämpfung durch die Landesregierung. Mit dem Integrationsministerium hat die Landesregierung diesen Fragen einen neuen Stellenwert gegeben.

Die Aufklärungsarbeit wird auch in Bezug auf ADÜTDF geleistet. Die Verfassungsschutzberichte Baden-Württemberg informieren regelmäßig und ausführlich über die extremistischen Bestrebungen der ADÜTDF. Auf der Internetseite des LfV werden weitere Informationen bereitgestellt. Darüber hinaus informiert das LfV die Verwaltung regelmäßig über die Thematik und über aktuelle Entwicklun-

gen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LfV halten in sozialen Einrichtungen und im Rahmen von Lehrerfortbildungen Vorträge zu diesem Thema. Am 9. Dezember 2010 fand eine öffentliche Vortragsveranstaltung zum Thema „Ethnisierung – Radikalisierung – Gewalt?“ statt, die das LfV mitorganisiert hat. Auf der Veranstaltung wurde der Einfluss von extremistischen Organisationen wie der ADÜTDF und der „Arbeiterpartei Kurdistan“ (PKK) auf türkische und kurdische Jugendliche aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet.

Dem Innenministerium liegen keine Erkenntnisse vor über eine Zusammenarbeit oder über andere Verbindungen und personelle Verflechtungen zwischen den im baden-württembergischen Landtag vertretenen Parteien und Vereinen, welche den „Grauen Wölfen“ zuzurechnen sind. Unabhängig davon hält es die Landesregierung für geboten, dass sich alle demokratischen Parteien von der radikalen und anti-demokratischen Ausrichtung der ADÜTDF klar abgrenzen.

II. die Landesregierung zu ersuchen,

- 5. über die Landeszentrale für politische Bildung entsprechende Informationsmaterialien, auch in türkischer Sprache, ausarbeiten und verbreiten zu lassen und die dafür notwendigen finanziellen Beiträge als zusätzliche Mittel in die Haushaltsplanberatungen einzubringen;*
- 6. über die Landeszentrale für politische Bildung entsprechende Angebote für Veranstaltungen, Seminare und Beratungen zu entwickeln und anzubieten, die insbesondere Schulen (Schüler, Eltern, Lehrer) und kommunale Entscheidungsträger (Integrationsausschüsse, Ausländerbeiräte, Gemeinderäte, Verwaltungen) erreichen soll.*

Zu 5. und 6.:

Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) beschäftigt sich im Rahmen des von der Baden-Württemberg Stiftung geförderten Projektes „Team meX – Mit Zivilcourage gegen Extremismus“, an dem das LfV als Projektpartner beteiligt ist, seit rund zwei Jahren mit dem Phänomen der „Grauen Wölfe“. Sowohl im Projektbereich „Rechtsextremismusprävention“ als auch im Projektbereich „Islamismusprävention“ gab es auf unterschiedlichen Ebenen Berührungspunkte mit diesem Thema. Bei schulischen Projekttagen zur Rechtsextremismusprävention in Klassen mit Schülerinnen und Schülern mit türkischem Migrationshintergrund waren die freien Mitarbeitenden der LpB in einigen Fällen mit Jugendlichen konfrontiert, die bereits mit der jugendkulturellen Ausprägung der „Grauen Wölfe“ zu tun hatten bzw. teilweise sogar diesem Spektrum zuzurechnen waren. Aus diesem Grund wurde im Frühjahr 2010 in Kooperation mit dem Beratungsnetzwerk Offene Jugendarbeit (LAGO) eine zweitägige Fortbildung zu diesem Thema angeboten. Teilnehmende waren neben den freien Mitarbeitenden der LpB auch Beraterinnen und Berater von „Kompetent vor Ort“ sowie weitere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugend- und Bildungsarbeit aus ganz Baden-Württemberg.

In den Veranstaltungen des Projektteils „Islamismusprävention“, die für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugend- und Bildungsarbeit angeboten werden, taucht regelmäßig die Frage auf, ob und inwieweit islamistische und ultranationalistische türkische Gruppierungen ähnliche Ziele verfolgen. Den meisten Teilnehmenden aus Schule, Jugendarbeit und Verwaltung ist nicht bewusst, dass es in Ideologie und Absichten deutliche Unterschiede gibt. Um auf diesen Aufklärungsbedarf zu reagieren, soll die bestehende Fortbildungsveranstaltung „Jugendzonen zwischen Islam und Islamismus“ im Jahr 2012 um ein Informations-Modul zu den „Grauen Wölfen“ erweitert werden. Bei Angeboten für Jugendliche wird geprüft, inwiefern eine Integration des Themas in bestehende Angebote der LpB möglich ist oder ob eine Neukonzeption notwendig wird.

Gall

Innenminister